

# Stellungnahme

Eingebracht von: van de Sand, David

Eingebracht am: 15.01.2021

---

Stellungnahme der Studierendenvertretung Psychologie zur geplanten UG Novelle 2021

Wien, am 15.01.2021

In den in der UG Novelle geplanten Änderungen sehen wir trotz mancher richtiger Impulse eine Entdemokratisierung der Universität und einen erhöhten Leistungsdruck auf Studierende.

Aktive Politiker\*innen auf Gemeinde- oder Bezirksebene sowie EU-Funktionär\*innen könnten durch die Änderungen in der Novelle eine Mitgliedschaft im Universitätsrat erlangen und versuchen, auf diesem Weg politische Interessen ihrer Parteien durchzusetzen.

§ 23: Falls die\*der Rektor\*in eine zweite Amtszeit ausüben will, müsste diese\*r lediglich vor der Ausschreibung der Position ihr\*sein Interesse bekunden. Der Unirat könnte dann darüber abstimmen, der Senat hätte hierbei keine Stimmen und müsste lediglich vom Unirat "angehört" werden, was praktisch keine Auswirkung hat. Aus Sicht der Studierenden ist der Senat das einzige Gremium, das demokratisch zustande kommt, und in welchem Studierende autonom ihre Interessen vertreten können. Statt wichtige Impulse, wie eine Drittelparität, zu setzen, wird mit der aktuellen Ausgestaltung der Novelle ein Demokratieabbau vorangetrieben.

§ 51: Wir empfinden das Verankern von Kernfächern als wenig sinnvoll. Unterschiedliche Studiengänge sind inhaltlich je nach Thema mehr oder weniger breit aufgestellt, dadurch wäre nie eine ähnliche Menge an Kern- und Nebenfächern möglich, die die Inhalte eines Studiums gut widerspiegelt. Das Ernennen von Kernfächern würde außerdem bestimmte Fächer nach außen hin unnötig auf- oder abwerten. Zusätzlich ist eine objektive Einschätzung bezüglich der Wichtigkeit bestimmter Fächer schwierig, da diese aus verschiedenen Perspektiven nach ihrem Wert beurteilt werden können (z.B. beruflich-wirtschaftlich, gesellschaftlich-politisch, persönlich, ...).

§ 59: Aus Sicht der Studierenden wird durch die Mindestleistung von 24 ECTS in den ersten zwei Studienjahren eine weitere Hürde für bereits benachteiligte Gruppen etabliert und eine falsche Entwicklung mit weniger Egalität und mehr Elitismus angestrebt. Die Konsequenzen bei nicht erbrachter Leistung sind dabei enorm. Denn können die 24 ECTS in den ersten zwei Studienjahren nicht erbracht werden, kann eine ordentliche Zulassung zu dem Studium erst nach zehn Jahren wieder beantragt werden. Dies verdeutlicht, wie erheblich der durch die UG Novelle folgende Leistungsdruck wäre und wie stark Gruppen, denen studieren momentan schon nur erschwert möglich ist, zusätzlich benachteiligt werden würden.

Der freie Hochschulzugang ist eine wichtige gesellschaftliche Errungenschaft, die es für künftige Generationen zu sichern gilt. Er muss allen Menschen unabhängig vom sozialen Status

offenstehen.

§ 76: Bei den stark angehobenen Mindestanforderungen ist es erstaunlich, dass gleichzeitig die Bedingungen, unter welchen diese Leistungen erbracht werden sollen, erschwert werden. Durch die Änderungen der UG Novelle würden künftig pro Semester nur mehr zwei Prüfungstermine vorgesehen werden. Die Studienvertretung Psychologie sieht dies sehr problematisch, denn es könnten durch diese Änderung erneut die bereits benachteiligten Studierenden (erwerbstätige Studierende, Studierende, die Angehörige pflegen, Studierende mit Kindern,...) besonders hart getroffen werden.

Aufgrund der oben angeführten Argumente unterstützen wir die Novelle in der aktuellen Fassung nicht, auch wenn wir einige wichtige Fortschritte darin erahnen können.

Wir haben die Sorge, dass sich die Novelle des Universitätsgesetzes negativ auf die Freiheit, Offenheit und Diversität der Hochschulen auswirkt. Statt externe Studienhürden abzuschaffen, stellen die Änderungen der UG Novelle einen erhöhten Leistungsdruck mit dem Ziel dar, Studierende zu einem schnelleren Studienabschluss zu bewegen.

Dass solche gravierenden Änderungen in Zeiten einer globalen Pandemie „durchgepeitscht“ werden, in der viele Studierende COVID-19 bedingt weitaus größere Sorgen haben, ist unserer Meinung nach inakzeptabel.

Die Studienvertretung Psychologie fordert die Regierung auf, die Autonomie und das Gleichgewicht der Kräfte an der Universität anzuerkennen und die problematischen Passagen aus dem Entwurf der Novelle zu streichen bzw. diese im Sinne einer pluralen und demokratischen Universität abzuändern.

Mit freundlichen Grüßen,

David van de Sand, Johannes Bullinger

krips

StV Psychologie